

Baugewerkschaft

rgan des Centralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Jedem Sonntag. Abonnementspreis dreitägiglich
Mark (ohne Postgebühr). Zu bezahlen durch jede Post.
• Redaktionsstelle: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Abonnement: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für
Vorstellungsaufgaben 15 Pf. pro Seite. — Schluss der
Rügeabnahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Der Lehrlingsfrage

In der Erklärung des Arbeitgeberbundes das Baugewerbe anlässlich der letzten Lohnzulagenverhandlungen wird ausgeführt, die Arbeitgeber die Verhinderung der eigenen tariflichen Unterschiede zwischen den in der geforderten und ungelerten Arbeiter ausdrücklich nicht für unabdingbar halten, weil sich ein ausreichender Nachwuchs für die geforderten nicht mehr zur Verfügung stellen würde, und es daher nur einer prozentualen Erhöhung keine für die ungelerten Arbeiter zustimmen. Diese Darlegungen wird ein Problem aufgerollt, von außerster Wichtigkeit, nicht nur für das Gewerbe, ist. Tatsächlich ist der handwerksmäßige Nachwuchs zurzeit allgemein außerordentlich gering. Für die wirtschaftliche Entwicklung bzw. für die Fortsetzung Deutschlands in der Weltmarktfahrt, muss um so nachdringlicher werden, als wir ein Land, dem die Wohlhabende in weitem Umfang fehlen, daher nur mit Fertigfabrikaten, und zwar kostengünstigen, auf den Weltmarkt treten.

Solche Produkte sind aber nur einer hoch qualifizierten Arbeiterschaft möglich. Sicher Flügeling der handwerksmäßig bildeten Arbeiterschaft in Deutschland bedeutet einen Verlust und eine Benachteiligung unserer Jugend in der Welt. Wir haben deshalb den Plan zu trachten, um den handwerksmäßigen Nachwuchs zu sichern.

Die Einzelheit hat zunächst der Art, dass diese Entwicklung begünstigt. Die hohen Verdienste für jugendliche Arbeiter, die dort in den Familien nötige oder zu geben, die Schulentlassungen nicht in die Ausbildung, sondern sie als ungelerte Arbeiter in die Industrie einzutragen. Wir haben schon früh auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. Die Eltern haben seitdem eine erhebliche Verschärfung, und zwar durch die außergewöhnliche Lage, die eingerichtet ist, während andererseits, der Revolution für ungelerte Berufe die stark in die Höhe gegangen sind, so dass sie mit denen den gelerten Berufen gleich oder denselben stehen. Es wird ohne weiteres einsehen, dass diese Entwicklung auf die Lehrlingsfrage genau so abträglich wirken muss, wie die des Krieges.

Die Arbeitgeber im Baugewerbe kennen die bisherige Entwicklung. Sie glauben ihr dadurch kommen, dass die Söhne für ungelerte Arbeiter in dem gleichen Maße steigen, wie die für alle. Ich glaube, dass dieses die Dinge am falschen Anfassen heißt. Man muss sie vielmehr an der Regel fassen, indem das Bevölkerungsverhältnis anziehender ist, wie bisher. Tatsächlich ist es für Familien unter den erschöpften Lebensverhältnissen gar nicht möglich, ihre Kinder in eine Lehre zu geben, in der diese nichts oder nur sehr wenig erlernen, sondern sie müssen danach trachten, dass die Kinder möglichst sofort einen möglichst hohen erhalten.

Unsere Freunde ist für die Entwicklung der Söhne viel zu wenig geschehen. Woher hat im Jahr hier und da eine Aufbesserung der Angelehrten Rüttelungen, jedoch längst nicht in Kraft, wie es erforderlich gewesen wäre. Das kommt für den Bau, wie für alle übrigen Berufe zu. Schließlich hat in der babilischen Landesversammlung unter Präsidenten Heinrich auf den Vortrag einige eingemessen, und auch an Beispielen ist, wo einzulegen ist. So hat es festgestellt, dass einer von ihm in Pragburg vorgenommenen Zahlung 16 Schriften vorgekommen waren, die eine Zeit, die im ersten und zweiten Jahr keinen Verdienst, und nur im 3. Jahr eine kleine Verdienst erzielten. Wahrsch. Schrifte der ersten Klasse erzielten im ersten Schrift eine Zahlung von 15 und 20 Pf. im zweiten

ist ganz selbstverständlich, dass eine solche Entziehung, soweit sie überhaupt vorhanden ist, den Eltern eine Last auferlegt, die sie unter den schwierigen Verhältnissen nicht zu tragen vermögen. Es müssen daher, soll eine Wandelung zum Besseren herbeigeführt werden, ganz andere Bedingungen Platz greifen.

Die Arbeitervororganisationen haben dieses längst erkannt, und sie haben sich bereit erklärt, an der Regelung dieser Verhältnisse und an der Schaffung eines ehrlichen Nachwuchses im Handwerk mitzuwirken. Ihren Bestrebungen hat man allerdings bisher selbst der Arbeitgeber fast regelmässig Widerstand geleistet, weil sie die Lehrlingsfrage als eine nur sie angehörende Angelegenheit betrachteten. Dieses konnte ebensowenig früher, wie heute tun. Die Arbeitervororganisationen können es sich nicht nehmen lassen, in der Lehrlingsfrage mitzuwirken, denn die Lehrlinge werden zu Gesellen und werden damit in deren Stellen ein. Es liegt auch im Wesen der Organisation selbst, dass sie sich ihres Nachwuchses annimmt, und ihn in gewerblichem Geiste beeinflusst. Wer glaubt, dieses verhindern zu können oder zu sollen, ist nicht gut beraten. Denn einmal ist es überhaupt nicht zu verhindern, weil der Lehrmeister in der Regel mit der Ausbildung der Lehrlinge am wenigsten zu tun hat, diese vielmehr in den Händen der Gesellen liegt. Verucht man, einen künstlichen Tell zwischen beide zu treiben, wird die Frage nur um so härter umstritten. Die Folgen ergeben sich daraus von selbst. Nur in eindringlich Zusammendarbeiten zwischen Arbeitgeber und Berufsorganisation der Arbeiter ist die Frage zu regeln.

Vor allen Dingen sind bessere Wohnbedingungen zu schaffen, unter denen die jungen Leute in die Lehre treten sollen. Das Handwerk hat auch heute noch seine Anziehungskraft, weil es den jungen Mann immer in eine günstigere Lage bringt und seine Aussichten für das Leben verbessert. Man kann aber auch immer nur den Rat erteilen, dass die Eltern ihre Kinder ein Handwerk erlernen lassen sollen. Wir haben bei jeder Gelegenheit betont, dass man ungelehrte Arbeiten auch dann noch ausüben kann, wenn man ein Handwerk erlernt hat. Umgekehrt aber geht es nicht. Die Lage, in der Deutschland steht, ist ungemein schwierig. Wir müssen und wollen wieder hochkommen. Dazu bedarf es aber einer hochqualifizierten Arbeiterschaft. Und wenn in den nächsten Jahren große Teile der deutschen Arbeiterschaft zur Auslandswanderung gezwungen sein sollten, wird auch derartige Teile immer um besser zu leisten versuchen. Ungelehrte Arbeiter gibt es allerorts in genügender Anzahl. Deutsche ungelerte Arbeiter werden im fremden Land nur die niedrigsten Arbeiten zu verrichten haben. Vor diesem Schicksal soll man die Deutschen bewahren. Daher um so eindrücklicher die Mahnung: Lasset eure Kinder ein Handwerk erlernen.

Die neue Krise

Wir haben geschrieben und haben auch Ihnen, wenn wir glauben, einen Schlag überwinden zu haben, trifft uns jetzt die nächste um so schwieriger. Wie haben Ihnen immer bestanden, dass deutsche Volk kennt den Friedensvertrag noch gut nicht in seiner Wirkung. Wenn es sich dazu kommt, wird es die ganze Durchdringlichkeit und Gewissheit bestimmen verschaffen. Der heimelige Schlag, der uns trifft, ist die Auslieferung der jugendlichen Schuldigen. In Wirklichkeit erkundet man, dass die höchste Geb- und Nachgefolge über Besiedlung haben sollen. Im Osten Deutschlands haben wir viele deutsches Gebiete an die Russen abgetreten. Die Verteilung dieser Gebiete und weiter oft- und weitwähnliche Siedlung die Siedlungen ist erfolgt. Da Deutschland nicht mehr die Wiederherstellung hat. Menschen sind dort untergebracht. Sie haben und haben nicht mehr die Möglichkeit und Möglichkeit des deutschen Volkes.

So dieses sich vollzieht, wird uns die Auslieferungsliste überreicht, die uns garantet, unsere gesamten großen Heerführer, Hindenburg und Ludendorff eingeschlossen, auszuliefern. Welcher Deutscher wäre bereit zu solcher Tat?

Die deutsche Regierung hat die Auslieferung verweigert, und wir nehmen an, dass sie von diesem Standpunkt sich durch nichts, was auch immer kommen mag, abbringen lässt. Der Friedensvertrag wird damit durchbrochen; dessen sind wir uns klar. Es muss jedoch betont werden, dass bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags auf die Undurchführbarkeit dieser Paragraphen hingewiesen worden ist. Wir fühlen uns durch diesen Vertrag auch in seiner Weise gebunden, und zwar, weil wir ihn als ein ehrliches großes unsittliches Dokument halten. Ein unsittliches Dokument erfüllt man nur insofern, als man dazu gezwungen ist. Aber auch hier gibt es eine Grenze, wo keine Macht der Welt mehr imstande ist, seinem Willen durchzusetzen. An dieser Grenze sind wir angekämpft.

Man hat sich die Frage vorzusehen, ob die Entente wirklich des Glaubens gewesen ist, die Auslieferung des deutschen Heerführers erfüllt zu sehen, oder ob eine uns erfüllbare Verhinderung nur deshalb gestellt wurde, um andere Ziele damit zu erreichen. Man muss inneren wieder daran erinnern, dass insbesondere Frankreich das linke Rheinufer ganz einzufachen wünscht. Die Ausdeutungen des Waffenstillstands- und Friedensvertrages lassen dies nur zu offensichtlich erkennen. Es ist ohne weiteres anzunehmen, dass die Entente Repressionen bei der Belegerung Deutschlands zur Auslieferung entwerfen wird. Welche, lässt sich im Augenblick noch nicht übersehen; ob es wieder zur Verhängung des Blockade kommt, ob sie weitere deutsche Gebiete besetzen, oder den Friedensvertrag willkürlich abändern, indem sie sich weitere Gebiete Deutschlands sowohl im Osten wie im Westen anzeigen, oder dem politischen Dasein Deutschlands überhaupt ein Ende machen. Französische Blindheit kennt keine Grenzen, obwohl man auch dort wissen sollte, dass ein Volk von 60 Millionen nicht totzuschlagen ist.

Es gilt jedoch, den ganzen Ernst desfalls ins Auge zu fassen. Was im verlorenen Jahre bei Annahme des Friedensvertrages verhindert worden ist, kann nunmehr eintreten, nämlich das politische Chaos. Ob die Regierung sich nach der Anwendung von Repressionen wenden können, ist zweifelhaft. Ob eine andere Repressionsbildung möglich ist, ist nicht mindest zweifelhaft. Im Augenblick erscheint wahre eine solche von rechts noch von links möglich. Kommt es zur Sprengung des jetzigen Regierung, ist die Röhrschenherrschaft in greifbarer Nähe. Was dann aus Deutschland, was aus allen wird, können wir heute nur ahnen. Wie müssen und was müssen wir das Schicksal auch zusammenfassen? Hat eine Grenze. Unsere Gegner sollen nicht vergessen, dass ein zur Verschwörung getriebenes Volk auch ihnen selbst den Untergang bringen kann.

Das deutsche Volk hat sich auf das Schicksal vorbereitet. Seine Erfordernisse ist Einigkeit und Einheitlichkeit. Unsere Gegner müssen erkennen, dass sie auf einen Deutschen und doch nichts imstande ist, die Willen zu ändern. So folgt, wie sie hier die Rückendeckung haben, steht es Prinzregent. Wenn ihrer eigenen Willen müssen doch endlich erkennen, wohin die Welt führt. Eine Verschärfung des Hasses und nur Hassarbeit für einen neuen Nationalstaat ist das Ergebnis. Die ganze Welt muss aber jetzt einführen können, dass es mit den heimlichen Verstärkungen der feindlichen Staaten nichts zu tun hat. Wir haben sie heute mit deutlicher Rücksicht vor und nach viele Jahre hinbekommen. Mehrere Millionen zu haben, die die Rücksicht und Hoffnungsvolle des deutschen Volkes.

Bei Beitragsfrage

Nach der Revolution, und als wir den Vierstunden-Tag erhalten hatten, vertraten viele die Meinung, die Gewerkschaften seien überflüssig. Doch das Gegenteil hat sich bewährt. Seit der Revolution bis auf den heutigen Tag ist die Organisation mehr in Anspruch genommen wie je zuvor. Raum ist ein Tarifvertrag zum Abschluß gebracht, werden neue Forderungen gestellt. Das ist ein klarer Beweis, daß auch in Zukunft weder der revolutionäre Geist, noch die revolutionäre Gewalt dauernd bessere Existenzbedingungen schaffen kann. Noch nicht mal den Schiebern und Buchern hat man das Handwerk legen können. Es führt uns deshalb nur der opferbereite Weg gewerkschaftlicher Arbeit einer besseren Zukunft entgegen. Um dieses zu erreichen, müssen alle Mitglieder das größte Interesse haben, unserem Verband finanziell so auszubauen, daß er allen kommen den Stürmen standhalten kann.

Um 1. Januar d. J. ist nun eine neue Beitrags erhöhung von 1,50 Mark eingeführt worden, die aber den heutigen Verhältnissen schon längst nicht mehr entspricht. Denn die Einnahmen stehen nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Ausgaben. In den letzten zehn Jahren vor dem Weltkriege wurden durchschnittlich 10—15 Pf. über den tariflichen Stundenlohn als Beitrag gezahlt, heute noch nicht mal einen halben Stundenlohn. Der Stundenlohn hat sich verdreifacht und verbreitert, demgegenüber haben sich die Beiträge erst zum 1. Januar d. J. um 80% erhöht, also noch nicht mal verdoppelt. Wenn in den Jahren von 1904 bis 1914 120% des tariflichen Stundenlohnes gezahlt wurde, so beträgt er heute bei einem Stundenlohn von 3,50 Mark und 1,50 Mark als Beitrag nur 42,85%. Wer nun sagt: die Beitragspflicht ist auch von 40 auf 52 Wochen erhöht worden, muss 30% Mehrleistung beträgt, so können diese 30% auch von 120% in Abzug gebracht werden, so bleibt trotzdem 90% des tariflichen Stundenlohnes zu zahlen, macht bei 3,50 Mark 3,15 Mark als Beitrag plus ein Verlust 90% gleich 42,85% sind 47,15% oder 1,65 Mark. Mit dieser 52 Wochen Beitragsleistung ist auch gleichzeitig die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt worden. In den kommenden Jahren ist wahrscheinlich außerhalb des Industriegebietes infolge der ungeheuren Verteuerung der Bauarbeiten mit Arbeitslosigkeit zu rechnen, selbst in Industriegebieten kann das zeitweise eintreten, und so das Schmerzenskind unseres Verbandes werden. Das dieses unhaltbare Zustände sind, wird wohl jedes Mitglied selbst einsehen. Viel wichtiger wäre gewesen, wenn die Beiträge prozentual den Lohnsteigerungen gefolgt wären. Dieses war vielleicht nicht möglich, weil alle Kollegen fast restlos zum Krieger eingezogen waren, dann aber auch, mit dem Einsetzen der Revolution, durch das überstürzende Durcheinander, es unterblieben ist. Dieses muß nun zum Teil nachgeholt und wieder gutgemacht werden.

Zum 1. April d. J. empfiehlt sich eine Neuregelung der Beiträge und des Unterstützungsweises. Von unserer Verbandsleitung muß dieses frühzeitig geplant, und müssen auch dahingehende Beschlüsse gefaßt werden. Ich halte einen Beitrag von 3 Mark für nicht zu hoch, 2 Mark für die Zentrale und 1 Mark Sonderzuschläge. Die Zulaufzuschläge müssen den Bedürfnissen der kleinen Verwaltungsstellen angepaßt werden, um diese lebensfähig zu halten. Es ist nötig, daß die Beiträge fast den Stand eines Stundenlohnes erreichen, um nur annähernd das Verhältnis in der Beitragszahlung zu den stillen Jahren wieder herzustellen. Auch beim Verbandskapital wird der niedrige Gesetzes ebenso verantwortend, wie beim Auslauf von Lebensmitteln und Kleidung. Darum gleich ganze Arbeit geleistet, denn dadurch sparen wir auch den Kassieren, und vor allem den Haushältern viel Mühe und Arbeit.

Es werden auch die Kosten für die Aufrechterhaltung des ganzen Verwaltungsbetriebes doch gegen Friedenszeiten um das Dünnsche steigen. Denken Sie mal an die Kosten unserer Verbandszeitung, Agitation, Presse, Licht, Heizung, Reinigung, Druckerei, Schreib- und Baumaterial, Post, Gehalt usw., alles ist notwendig, und für die Zukunft werden die Ausgaben noch steigen.

Über auch die großen Auswendungen, welche für die Sozialversicherung der Kollegen selbst notwendig sind, sind in Rednung zu stellen. Wir sind Sozialversicherer und gehen dem Schuhjahr entgegen. Da ist es an der Zeit, kostet herauszuholen, wie eben möglich ist, um unseren Betrieb einigermaßen den Verhältnisse anzupassen. Um dieses zu erreichen, braucht nur die Arbeit der freigestellten Mitarbeiter, insbesondere der Verbandsleitung immer wieder und die Kollegen begeistern sich, eine Sozialversicherung ist der einzige Sicherungsmaßnahmen, nach welcher die Bevölkerung kommt. Durch diese Versicherung kommen auch die Kosten, die durch die Sozialversicherung entfallen sind. Durch diese Sozialversicherung kann man die Kosten, die durch die Sozialversicherung entfallen sind, auf das Unternehmen aufteilen. Nichts kann so gut für den Betrieb der Baugewerkschaft sorgen, wie dass

wir täglich an uns selbst. Zur Unterhaltung unserer Sekretariate kommen dann noch Miete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Fahrgeld, Spesen, Drucksachen, Schreibmaterial, Post, Zeitungen, Telefon usw. hinzukommen, und dies ist doch für das allgemeine Interesse der Kollegen selbst.

Dazu kommen noch die Unterstützungen für Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Wie leicht kann es nun auch möglich sein, in Streiks gedrängt zu werden, die nicht vorauszusehen sind. Über angenommen, 10 000 Mitglieder müßten auch Wochen in Streik treten, sie erhielten durchschnittlich 28 Mark pro Woche, macht über 2 Millionen Mark. Es kann aber nicht mehr gezahlt werden, wie Geld zur Verfügung steht. Zum Krieg führen gehört Geld, und wiederum Geld, das hat der Weltkrieg gelehrt; aber auch zum Ringen des Arbeiterstandes, um bessere Wohnbedingungen, um dadurch einer besseren Zukunft entgegen geführt zu werden, gehören ebenfalls starke Finanzen. Das Unternehmertum wird auch noch in Zukunft, gerade wie in den stillen Jahren, unsere finanzielle Kraft prüfen, um zu wissen, wie widerstandsfähig unser Verband ist. Haben wir nicht in der Vergangenheit die erforderliche Opferfreudigkeit gezeigt und uns dadurch Achtung erworben? Dieser alte Geist muß frisch aufleben und in Zukunft sich bewähren.

Andererseits müssen wir den sozialdemokratischen Gewerkschaften, besonders den radikalen Elementen, zeigen, daß wir trotz der Revolution als christlich-nationale Arbeiter stärker, geschlossener bestehen, wie je zuvor. Das wir selbst keine Opfer scheuen, um uns materiell zu stärken, und uns dadurch den Platz, den wir in den vergangenen Jahren durch harte Arbeit erkämpft haben, auch heute noch zu verteidigen wissen. Richten wir uns deshalb nicht nach anderen Organisationen, wo radikale Elemente am Werke sind, das zu verschwinden, was mutig aufgebaut worden ist. Gerade in unserer Zeit kann für uns nicht entscheidend sein, was diese Organisationen betreiben, und deshalb müssen wir als Mitglieder so wohl, wie auch unsere Führer uns der Verantwortung in vollem Maße bewußt sein. Wenn nun bei uns der alte gute gewerkschaftliche Geist vorherrschen bleibt, wird es zu unserem Nutzen sein, und auch alle Mitglieder werden es begreifen, daß eine Beitrags erhöhung unabdingt erforderlich ist.

Arbeiten wir in diesem Sinne vor. Stützen wir auf. Bieten wir alle Kräfte auf, um unseren Verband finanziell zu stärken, dann werden wir auch allen Stürmen von rechts und links standhalten, und dauernd ein starkes Rückgrat in unserem Verband haben.

Joh. Eberg, Bochum

Allgemeines

Berücksichtigung des Bestrebungen. Wie durch die Tagespresse bereits bekanntgegeben wurde, erfolgt vom 9. Februar ab eine Verabsiedlung der Deklaration von 280 Gramm pro Kopf und Tag auf 200 Gramm. Außerdem wird das Getreide wieder höher ausgemahlen. Diese Maßnahme wurde vom Reichswirtschaftsminister schon lange in Aussicht gestellt. In einer Reichswirtschaftskonferenz in Stuttgart kündigte er am 8. Januar bereits an, wenn die Lieferungsprämien nicht den gewünschten Erfolg haben würden, würde eine höhere Ausmahlung des Getreides und im Notfalle eine Heraufsetzung der Rationen erfolgen müssen. Es wurde nämlich kurz vorher (18. Dezember) eine Verordnung erlassen, nach der der Landwirtschaftsminister Lieferungsprämien gewährt werden. Der gewünschte Erfolg ließ sich also diese Lieferungsprämien nicht gehabt zu haben, zum Teil mög. es darauf zurückzuführen sein, daß die Landwirtschaft glaubt, immer noch höhere Preise erzielen zu können. Zum Teil ist es aber auch daraus zurückzuführen, daß wegen Kohlenmangel nicht genügend gekochten werden konnte, und infolge unserer Transportnotstand die Ablieferung etwas kostet. Außerdem sind auch die Verstände etwas schwieriger zusammengekommen, weil viele Großstädte in den letzten Wochen anstatt der zehnenden Kartoffeln Mehl und Brot der Bevölkerung verbreiteten. Eine gewisse Reserve muß aber die Weizenproduktion in Süden behalten für kritische Tage. Deshalb ist jetzt die oben erwähnte Maßnahme beschlossen worden. Es besteht noch die Möglichkeit, Auslandsgroßküche zu beschaffen, hierin muß man sich jedoch einstimmen, weil wir infolge des schlechten Standes unserer Seefahrt unzureichende Preise für Auslandsgroßküche zahlen müssen. Im Laufe ist noch eine Menge zu tun, um nachzuholen, um angreifen werden, soll man ein großer Teil noch im Winterkrieg oder im Frühjahr darüber nachzudenken. In der Anfangszeit über die Versorgung wird von einer vorübergehenden Rationierung sprechen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Lieferungen wieder einen solchen Umsatz erzielen, daß die Nation aus Sicht des Winterjahrs wieder nicht verdeckt kann. Es werden sogar unsere Exporte sinken, obwohl wir viel Auslandsgroßküche zu beschaffen. Das Reichsministerium ist bestrebt, dass nun die Landwirtschaft ihre Pflicht tun, und auch die Sozialversicherung, gesetzert werden. Es ist die nächste Transport keine größere Sorge, sondern das Reichsministerium ist bestrebt, daß Sozialversicherung und die Wirtschaft der Bevölkerung zu einer guten organisierten Seite, zusammen zu treten. Es sollte sich seiner Verantwortung erfüllen und nach jedem zweiten Jahr beitragen, daß wir über die schwierigen Friedjhahrs hinwegkommen.

Extrabeiträge von 2 bis 6 M. pro Woche
Mitgliederversammlung des Deutschen Verbundes in Hamburg beschlossen.

Woher die hohen Pederpreise? Der Nachener Pederfabrik hat für das Geschäftsjahr eine Dividende von 40 Prozent. Da erwartet man ja wieder einmal vom freien Handels. Nur daß der arme Verbraucher wird bis aufs Blut. Das ist aber mit das reine 40 Prozent; wie viel mag noch an Gewinn sein, um sie der Defizitlichkeit vorzuenthalten.

Monopolverträge haben keine Gültigkeit
eine Anfrage unseres Kollegen Eichardt an die Debatte über das Betriebsratgesetz über die Leit von Monopolverträgen, erwähnte Minister Nach der Auffassung der Regierung will schließen, nur weil sie der Organisation einer besseren gewerkschaftlichen Charakter aber aufsteht, den guten Sitten, aber auch unter Umständen Artikel 159 der Reichsverfassung. Sie sind daher ungültig, und der Arbeitgeber wäre an sie gebunden. Auch kann die Regierung solchen keine allgemeine Verbindlichkeit verleihen.

Über Terrorismus schreibt die Kölnische Zeitung: "In der Badischen Anstalt und in Ludwigshafen sind eine Anzahl christlich organisierten Zimmerer beschäftigt. Das paßt den sozialdemokratisierten Zimmerern nicht, man will die organisierten Arbeiter in den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Als alle Liederredungsstunde und Dinge nichts nützen, wendete man Gewalt an. Am 29. Januar wurde der Führer der christlich organisierten Gewerkschaften bedroht, und als auch diese Wirkungslos blieb, wurde der Mann von einer Anzahl sozialdemokratisch organisierten Mitarbeitern, über die Hobelbank gelegt, geschlagen und schändlichster Weise mishandelt. Die Gewaltthätigkeit der sozialdemokratisierten Arbeiter von Ludwigshafen hat in öffentlicher Provinzversammlung am 6. Februar eine Stellung genommen."

Über die Notlage des Baugewerks
Württemberg schreibt das Deutsche Volksblatt: "Vorstandsvollzugsstelle hat in Württemberg scharfe Bewirtschaftung der Bauhofe durchgeführt, dem droht beim Bau gewerbe der Zusatz zu bringen. Der Grund hierfür liegt in der Not, die gegen die völlig ungenügende Kohlenversorgung und das Notprogramm, durch das der Reichsminister Kohlenausgleichsseite Mannheim nur die lebenswichtigsten Betriebe begründet, einen öffentlichen Test. In der letzten Verabsiedlung gab diesem der Vorstand der Stelle, Architekt Hofbaur, Ausdruck. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes betonte, daß es weiter, wenn nötig, durch Demonstrationen für eine Kohlenbelieferung eintreten werden. Vom Bautenverband wurde angeführt, daß die zur Versteckenden Rementmengen nicht einmal für die allgemeinen Reparaturen, wie sie die Sturmabwärts weisen, ausreichend sind. W. Barzel zeigt, wie Tiefbaugewerbe zu volligem Stillstand verurteilt ist, die Gipser und Stuckateurmeister Württembergs der Vorsitzende Schuler. Baurat Freiholz als Vorstand des Bundes deutscher Architekten beleuchtete den Holzmangel und machte darauf aufmerksam, daß Werte an Holz nach Holland, der Schweiz, Frankreich und Italien gehen. Direktor Baumgartner (Ludwigshafen) teilte mit, daß von sieben württembergischen Fabriken sechs stillgelegt sind, ebenso die meisten Werte. Gegenüber der württembergischen Vorstand wurde ein Misstrauensvotum abgegeben, weil sie die Holzversorgung nicht die lebenswichtigen Interessen württembergischen Inlands berücksichtige.

Wirtschaftliche Bewegung

Beitrag Freiburg

Freiburg (Breisgau). Einmer. Am 7. Januar die im Christl. Bauarbeiterverband organisierte Stellung zu einer in Abbruch der wachsenden Preise für alle Betriebsmittel des Lebens notwendigen Leverungsallianz. Aus der Gründung heraus, daß ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen mit dem freien Zimmererverband Freiburgs folgerichtig ist, beschloß man, die Zahlstelle des Zimmererverbandes zu einer kombinierten Sitzung Besprechung über ein gleichzeitiges Vorgehen einzuladen. Die an den Vorsitzenden des freien Zimmererverbandes gerichtete Einladung hatte folgenden Wortlaut:

Freiburg im Breisgau, 4. 12. 19

An den
Vorsitzenden der Zahlstelle Freiburg des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands
Herrn August Oetker

Hier
Baugewerkschaft

Wiederholung
Zur Erinnerung, daß die Ortsgruppe der Zentralverbandes örtlicher Gewerkschaften

am kommenden Sonntag, 7. Dezember, in einer Mitgliederversammlung Stellung nimmt zu einer weiteren Leuerungsabgabe.

Wir machen den Vorschlag, im Laufe nächster Woche eine kombinierte Sitzung beider Lohnkommissionen abzuhalten, um den Meistern mit einer einheitlichen Forderung aufwartet zu können.

Diesbezügliche Antwort erwartend, zeichnet mit besonderer Hochachtung J. U.: Fr. Dr. esel.

On der hierauf erfolgten Antwort teilte uns der geschäftsführende des freien Zimmererverbandes mit, daß von seinen Genossen ein einheitliches Vorgehen mit dem christlichen Verband abgelehnt wurde. Den christlich organisierten Zimmerern blieb deshalb ein anderer Weg aus, als selbständige mit unserer Forderung von 0,50 % keinen Meisterverband heranzutreten. Wir bemerkten ausdrücklich, daß die Höhe der von uns festgestellten Forderung von 0,50 % schon festgesetzt und einstimmig gutgeheissen war, bevor unsere Einladung an den freien Zimmerer erfolgt war. Der Meisterverband war zu Beratungen bereit, lehnte aber im voraus zu hochgelegten Lohnforderungen ab, dagegen sei er ohne weitere Handlungen bereit, die bekannten 10 Prozent Zulage am 1. Dezember zu bezahlen. Im Verlaufe der Beratungen, während welcher von seiten der beiderseitigen Lohnkommissionen verschiedene Vorschläge zur Diskussion standen, wußten, erlaubte sich ein Mitglied der freien Lohnkommission folgende ungebührliche und überflüssige Forderung gegenüber dem Vorstehenden des Meisterverbandes: „Wir sind ja doch die Dummens“, worauf dieser Verhandlung mit der Bemerkung abbrach: „Ich und meine Kollegen wissen nicht, daß die Arbeiter durch andere Anträge die Dummens seien.“ Gegenüber der Tatsache verfuhr nun die „Vollswacht“ in ihrer Rundschau vom 27. Dezember mit ironischen Bemerkungen an christlich organisierten Zimmerern die Schuld am gescheiterten Verlauf der Lohnbewegung in die Schuhe zu ziehen, indem sie in der ihr eigenen Weise den meist verdienten „Vollswacht“-Lesern ein vollkommen verdecktes und exogenes Bild über den gesamten Vorfall unterbreitet. Die christlich organisierten Zimmerer haben keinen Grund, bei den Unternehmern, wie die „Vollswacht“ bemerkte, „Lieb Kind“ zu spielen. Noch weniger sind sie den freien Gewerkschaften in den letzten gefallen. Warum haben die frei organisierten Zimmer einen einheitlichen Vorgehen, daß gewiß einen guten Erfolg gemacht hätte, mit den „Christen“, wie die „Vollswacht“ überschwänglicherweise uns nennt, abgelehnt? Und am Zusammenbruch der Verhandlungen mit den Unternehmern ist lediglich das frei organisierte Kommissionsmitglied bzw. dessen unparlamentarischer Beurteilung während der Beratungen. Bezeichnend und Praxis der freien Gewerkschaften völlig angepaßt die Methode, mit welcher der freie Zimmererverband die christlich organisierten Zimmerern den Eroberung versuchte.

Er teilte dem Meisterverband mit, daß es absichtlich, gleichzeitig mit dem christlichen Verband Verhandlungen zu treten. Der Meisterverband lehnte die vorstehende Forderung ab. Mit diesem jedoch ehrlicher Gewerkschaftsarbeit widersprechenden Versuch, den christlich organisierten einen auszuhöhlen, haben die Genossen nach keinen großen Ruhm erworben. Dieser Fehlschlag ins Wasser hat wieder einmal, wie so viele andere bewiesen, daß bei den „roten Genossen“ Theorie Praxis in bezug auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gleichen wie Tag und Nacht.

Die schwierige Lage des Baugewerbes

Im vom Deutschen Wohungsausschuß nach dem langen preußischen Herrenhaus einberufenen Tagung der Wohnungspolitiker gab u. a. Unterstaatssekretär Reicht als Vertreter des preußischen Ministeriums für Wohnungsfahrt Erklärungen ab, die wegen ihres Hoffnunglosen Passimismus von der Versammlung dieser Bewegung aufgenommen worden sind und große Beachtung verdienten.

Unterstaatssekretär Scheidt wies u. a. darauf hin, daß die Baukosten heute das Zehnfache des Friedenszeit betrügen und wir noch nicht am Ende dieser Entwicklung ständen. Wenn man daran denke, daß die Welt heutzutage mit noch vier Prozent auf dem Weltmarkt steht und daß das Streben der Bauindustrie auf Anpassung der Industriepreise an die Weltmarktpreise besteht, so erscheine das Wohnungsproblem für Deutschland finanziell unlösbar. Die Baukosten für ländliche Ansiedlungen könnten durch praktische Mitarbeit der Landwirte, sozialen Wohnungsbau mit Hilfe von Zusammenschüssen dem in möglichen Grenzen bleibenden Bedarf entsprechen könnte. Hier werde das Reich noch die Belebungszuschüsse der Gemeinden annehmen.

Aber der Wert von Stadtwohnungen werde ohne erhebliche Rücksicht der Gemeinden nicht möglich. Die Regierung befürchtete nun, prontizielle Gewerkschaften zu gründen, um durch Centralisation und Aufbau von Baukosten rentabler zu gestalten. Sie sich jedoch gar leider hoffnung darüber hin, daß diese Art von Zentralisierung nur eine kleine Preiszugang erzielen könnte. Selbst wenn das Problem durchaus überhaupt nicht werden, wir müssen uns von vornherein sagen, daß das Bedürfnis nicht befriedigt werden kann. Eine Finanzierung ist nur möglich nach Abgabe sozialistischen Rechts und diese sind infolge bestimmt verhindert. Infolgedessen wird die Bedeutung des Jahres 1920 nicht größer sein als im Jahre 1919.

Noch schwerer als die Elternzucht lastet der Baukosten auf der Baudeputation. Die Baudeputation ist ziemlich stark mit einer verdeckten Kapitalisierung der Befreiungen und Baukostensteuern zum 1920.

Am 14. Februar ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

gerechnet werden. Wir werden 1920 mit derselben Biegelnot wie 1919 zu rechnen haben. Wir müssen deshalb Erbschaften suchen. Wir haben als solche Lehmb und Holz. Die Mitteilungen, daß die Versuche mit Lehmb zu bauen möglichst seien, sind von interessanter Seite in die Öffentlichkeit lanciert und entsprechen nicht den Tatsachen.

Das Holz werde hauptsächlich für die Bergarbeiterwohnungen im Ruhrlohnbeispiel gebraucht und scheide als Erbschaft für die Städte aus. Im Finanzministerium werde erwogen werden, ob und inwieweit die Baukosten auf die vorhandenen Wohnungen in Form einer Mietsteuer oder Wohnungssubvention möglich ist. Wenn man eine derartige Abbildung in Erwägung ziehe, so sei man sich aber darüber klar, daß dies nur eine vorläufige Regelung für 1920 sein könnte, die einer grundsätzlichen und weiter reichenden Regelung nicht den Weg verlegen dürfe. Eine solche müsse berücksichtigt werden. Zweifelhaft sei noch, ob man den Nutzungswert oder den Bauwert als Faktor in Rechnung stellen soll. Die Frage bedürfe weiterer Klärung. Nebenfalls müsse man sich aber auf den Standpunkt stellen, daß es sich dabei um eine Subvention handele, die nicht in den allgemeinen Steuersäcken stecken dürfe.

„Unabhängige“ Freiheit

Aus Boppot schreibt man uns: Seit einem Jahr hat die sozialdemokratische Partei die politische Macht errungen und auch in Boppot eine Art sozialistisches Nebenregiment eingeführt. Durch brutales Vorgehen, das auch vor Mißhandlungen Andersgeistes nicht zurückstehen kann, hat sie dieses Ziel erreicht. Wenn man aber die Arbeiter geglaubt haben, daß eine bessere Zeit für sie anbrechen würde, haben sie sich schwer getäuscht. Für die Herren Arbeiterräte brach zwar eine gute Zeit an; dies zeigt wenigstens der Kampf, der um die Verteilung der Stellen unter den Genossen selbst einzog. Die Chefleiter und Bossausbeuter hielten selbst mit blutigen Händen nicht zurück. Eine Lösung folgte der anderen; jeder war bestrebt, sein Geschäft zu machen. Natürlich mußte in den geheimen Versammlungen recht radikal aufgetreten werden. Auch manche andere Erscheinung war bemerkenswert. Als der Spielsaal in Boppot eingezogen und in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, waren auch hier die Vertreter der „weltähnlichen“ Bevölkerung bald als ständige Gäste anwesend.

Nunmehr liegt der sogenannte Vollzugsausschuß im Sterben. Er glaubte aber, vorher noch der Nachwelt ein Dokument seiner Gesinnung hinterlassen zu müssen, und zwar echt, ganz echt im Sinne der U. S. P. D., die sonst nicht genug über Unterdrückung der Freiheit jammern kann. Am Neubau der Kriegerheimstätten in Boppot waren mehrere auswärtige Kollegen beschäftigt, darunter auch unser Kollege Dulski Danzig. Letzterer wurde am 3. Januar durch geheime Wahl als Deputierter bestimmt. Als solcher war er verpflichtet, an den üblichen Sitzungen der Deputierten unter Führung des Vollzugsausschusses teilzunehmen. Am 7. Januar war eine Sitzung mit folgender Tagesordnung abberaumt: Die Steuerdeklaration. Gewiß eines dem Vollzugstat obliegende Aufgabe. Bei Verlesung der Steuerdeklaration erklärte Herr Haß nach Verlesen: der muß zahlen. Nach mehrmaliger Wiederholung solchen Entscheids fragte Dulski einen neben ihm stehenden Delegierten, ob hierüber eine Sitzung schon stattgefunden habe. Diese Frage wurde verneint. Da zu der willkürlichen Handlungswille des Haß sich niemand zum Wort melde, hielt Kollege Dulski es für seine Pflicht, folgende Frage zu stellen: „Was gebietet der Vollzugsausschuß in dieser Steuerfrage zu tun? Will er die Steuerpfändungsbefehle rütteln oder sollen die Steuerzettel in Raten zahlbar sein oder sollen die Besitzer die Steuern unter Abzug der Kreissteuern für den Kreis Neustadt zahlen?“ Herr Haß als Vorsitzender des Vollzugsausschusses erklärte, daß er Dulski keine Antwort hierauf geben würde, weil er Dulski aus Danzig und dazu auch noch christlich organisiert sei. Als Dulski darauf hinzies, daß er von 78 Kollegen gewählt worden sei und ihre Interessen zu vertreten habe, erklärte Haß, daß seine Partei beschlossen habe, mit christlich Organisierten überhaupt nicht zu verhandeln, und forderte Dulski mehrere Male auf, den Sitzungsraum zu verlassen. Kollege Dulski leistete dieser Aufforderung natürlich nicht Folge, sondern legte Protest gegen die Handlung des Haß ein, worauf dieser Dulski den Raum verließ. Damit noch nicht genug, Haß wollte er auch in Zukunft verhindern, daß Dulski die Arbeitgebervereine wahrnehmen könne, und forderte daher vom Bürgermeister von Boppot, den Dulski zu entlassen. Kollege Dulski erhielt darauf durch den Bürgermeister folgende Mitteilung:

„Nach Rüttelung des Vollzugsausschusses ist Haß soll der Maurer Wilhelm Dulski aus Danzig, Satergasse 1 b, bei den Kriegerheimstätten beschäftigt sein und die dortigen Arbeiter nach dem Rufzeichen 27 aufzutragen. Herr Haß regt an, den Dulski baldmöglichst zu entlassen.“

2. Arbeitsamt.

3. R. und sofortigen Benachrichtigung, ob Dulski als Danziger noch den vereinbarten Grunddienst nicht sofort entlassen werden kann.

3. 1. Woche.

Boppot, 9. 1. 20.

geg. Unterschrift.

Nam.

Herrn 1. Bürgermeister.

Eine Übereinkunft mit Danzig in dieser Beziehung besteht nicht. Dulski kann sofort entlassen werden.

Magistrat Arbeitsamt Boppot, den 10. 1. 20.

geg. J. U.: Sturm.

V.

1. 2. Wer ist für die Entlassung zuständig?

2. 24 Stunden 3. 10. 1. 20.

geg. Unterschrift.

Boppot, den 12. 1. 20.

Für die Entlassung ist der örtliche Bauleiter der Kriegerheimstätten, Architekt Wolschon, zuständig.

geg. Gentzsch.

Ist an sich merkwürdig, daß ein Unabhängiger andere Aussiegung bezeichnet, so wird in diesem Falle die Angelegenheit noch durch folgendes Dokument beleuchtet: Überschrift 2.

Boppot, den 13. Januar 1920.

Verhandelt darüber über die Entlassung des Haß. Dulski von den Kriegerheimstätten in Boppot, beim Architekten Wolschon, Boppot.

In der Angelegenheit, betr. der Entlassung des Maurers Haß. Dulski aus Danzig, Satergasse 1 b, erscheint der Maurergeselle Robert Nejnowski aus Boppot vom Bau der Kriegerheimstätten, Kronprinzenstraße, und erklärt folgendes:

Die Anschuldigungen gegen den Maurer Wilhelm Dulski, welcher nach Neuvertragen des Vollzugsausschusses Mitglied des Haß die Arbeiter der Kriegerheimstätte in der Kronprinzenstraße nach Muster 27 aufzutragen soll, sind noch meiner Aussage unzutreffend. P. Haß weiß ferner durch nachfolgende Neuverträge als Beweis für die Unschuld des p. Dulski folgendes an:

Haß ist Mitglied der christl. Gewerkschaft. Er hat in der Mittagspause seinen Kollegen über die Tendenzen der christl. Gewerkschaft vortragen gehalten und sie in diesem Sinne aufgeklärt. Nach meiner Aussage versucht das Vollzugsausschussmitglied Haß jeden anders organisierten Handwerker, der nicht seine Politik mitmacht, als Arbeitervorsteher von der Baustelle zu entfernen.

Der p. Haß hat schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er mit christl. organisierten Handwerkern und Arbeitern überwältigt nicht verhandelt, und so die Vertretung der christl. organisierten Arbeiterschaft unmöglich macht.

Zu führen den Fall Haß an, der ebenfalls als Belege hierüber vernommen werden könnte.

Die gesamte Arbeiterschaft der Baustelle, sowohl die christlich organisierte als auch die anders organisierte mit Ausnahme von einer Stimme, protestiert gegen die Entlassung des Maurers Dulski.

Niemand von den Arbeitern auf der Baustelle hat gegen das Vertragen des p. Dulski das Geringste einzubringen, und doch wurde letzterer mit mehreren anderen Kollegen ohne Grund entlassen.“

Es handelt sich mithin um nichts weiter als um eine brutale Maßregelung. Was den im Schreiben des Bürgermeisters genannten Haß anbelangt, so ist derselbe Parteidienstler des Haß, den er sogar als Vertreter für den Vortagtag nach Leipzig mitwählte. Derselbe befindet sich jetzt in Staatsgefängnis. Haß hat es besser, er spielt in seine Pelze gehüllt, den besseren Mann. Seine Herkunft ist trotzdem genügend bekannt.

Es ist immer das alte Spiel. Wo die Herren im radikalen Lager am Ruder sind, unterdrücken sie brutal und unerbittlich. Sogar unter Anwendung von Gewalt. Wie es im Fall des Kollegen Dulski geschehen ist. Durch unwahre Behauptungen des unabhängigen Vollzugsausschusses ist Kollege Dulski, der weiter nichts getan hat, als die Interessen der Kollegen zu vertreten, und der gegen die willkürliche Handlungswille des Haß Einspruch erhob, aufs Straßenplakat gefestigt worden. Man sieht, wo die „unabhängigen“ die Herrschaft führen, darf nicht gegen den Stachel gelöst werden. Und es führen sich auch Bürgermeister, die sich diesen Herrschäften fügen. Wenn aber der Volksverhetzung der Aufwiegelung zu Gewalttätigkeiten der Unabhängigen entgegentreten werden muß, dann schreien sie Woch und Brand. Der Fall Dulski ist ein Beispiel dafür, was wir von einer Diplomatie der „Unabhängigen“ zu erwarten hätten. Ungarn ist ein sprechendes Beispiel. Es würde auch bei uns in Deutschland nicht besser werden.

Verbandsnachrichten

Roesfeld (Westfalen). (Jahresbericht der Verwaltungsstelle.) Das das Verbandsleben auch in unserer Verwaltungsstelle im vergangenen Jahre sich gut entwickelt hat, davon gibt folgendes Zeugnis. Am Schluss des Jahres 1918 hatten wir einen Mitgliederbestand von 44. Aufgenommen wurden im Jahre 1919 92 Mitglieder, vom Militär zurückgekehrt sind 19, zugewandt sind 7, abgereist bzw. ausgetreten sind 38, so daß am Ende des Jahres 1919 63 Mitglieder vorhanden waren. Darunter entfallen auf die einzelnen Berufe: 67 Maurer, 22 Zimmerer, 1 Buchdrucker, 13 Betriebsleiter, 24 Hilfsarbeiter, 2 andere Berufe. Es wurden innerhalb der Verwaltungsstelle drei neue Ortsgruppen gegründet, und zwar Dorf- und Gehöft. In Beitragsdaten wurden 1919 2100 Stück verbraucht, welches eine Einnahme von 5000,- Mark ergab. Es entfallen somit auf das Mitglied für Durchschnitt 47 Marken und an getrennten Beitragszetteln im ganzen Jahre 49,50,- Mark oder ein durchschnittlicher Beitrag von 0,97,- Mark. Von der eifigen Tätigkeit der Sparsamkeit war am Schlusse des Jahres kein Rückblick auf dem Beitrag rückläufig. In Untersuchung wurde gezeigt, daß der Betrag 404,20,- Mark bei Arbeitslosigkeit 177,- Mark, Arbeitsunterstützung 25,- Mark, Steuerunterstützung

63 M. insgesamt 667,55 M. Hieraus ergibt sich, daß wir gut vorwärts gekommen sind, aber an sämtlichen Kollegen der Bevölkerungshilfe erhebt gleichfalls die Auflösung, auch in diesem Jahre wieder fröhlig mitzuarbeiten, damit auch der letzte Bauarbeiter von Doesfeld und Umgegend dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter zugeführt wird, denn nur dort werden die Interessen der Bauarbeiter wirksam vertreten.

Nordhorn. Unsere Generalsversammlung fand am 18. Januar in unserem Verbandslokal statt. Der Kassierer erstattete den Jahresbericht, der im allgemeinen zufriedenstellend war. Einstimmig wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Korter gab den Jahresbericht. Es fanden statt 17 Versammlungen, 4 Vorstands- und 8 Vertrauensmännerversammlungen. Unsere durch den Krieg stark mitgenommene Vermögensstelle mußte neu aufgeheut werden. Sohnberegungen hatten wir vier zu verzeichnen, die sämtlich friedlich ausgelaufen sind. Die Arbeitgeber haben sich vergeblich bemüht, der Organisation Schwierigkeiten zu machen. Sie erreichten nichts damit, die Kollegen blieben der Organisation treu und haben damit ihren Interessen am besten gedient. Im August stand der Lohn auf 1,90 M, im Oktober wurde er auf 2,10 M und im Dezember auf 2,81 M erhöht. Der Münsterische Vertrag wurde eingeführt. Ein Teil der im Bau- und Tischergewerbe beschäftigten Arbeiter, sowie die Wahlkernarbeiter waren noch nicht organisiert. Nachdem sie sich den Verbänden angeschlossen hatten, konnte auch für sie ein Vertrag getätiggt werden. Ein neuer Vereis dafür, daß der allein stehende Arbeiter nicht in stande ist, seine Interessen zu vertreten. In den Vorstand wurden gewählt Kollege H. Korte als erster und H. Wöhrgen als zweiter Vorsitzender; G. Schumagerts als erster und Kollege Schnibbers als zweiter Kassierer; H. Wolterling als erster und H. Severing als zweiter Schriftführer; zu Medisoren wurden die Kollegen H. Nordhoff und Brink, als Arbeitslosenkontrollleur J. Schrödermeier gewählt. Kollege Korte ermahnte die neuen Vorstandsmitglieder, ihm eifrig zur Seite zu stehen und mit ihm an der Stärkung des Verbandes zu arbeiten. Ein Antrag, eine Volksabstimmung von 50 Pf. am leichten Sonntag im Monat zu lieben, wurde von der Versammlung angenommen. Mit der Auflösung, die noch unorganisierten Kollegen dem Verbande zuzuführen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kölner Bürgerschaft. Am Donnerstag, 20. Januar, fand in unserem Versammlungssaal Schmidt unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt:
1. Budgetabrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.
Der erste Vorsitzende Külterwegge eröffnete die sehr gut besuchte Versammlung. Nachdem dem Vorstand die Entlastung ertheilt war, schritt man zur Vorstandswahl. Aus befürworteten Gründen legte der erste Vorsitzende den Vorstand, den er acht Jahre geführt hat, nieder. Der zweite Vorsitzende, Kollege Weimer, dankte im Namen der Kollegen dem ersten Vorsitzenden für seine geleistete Arbeit. Darauf wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Als erster Vorsitzender Kollege Ferdinand Weimer, zweiter Vorsitzender Heinz Gries, erster Kassierer Martin Riedel, erster Schriftführer Franz Hafke, zweiter Schriftführer Joh. Haber, Kassenrevisor Karl Wohr und Theodor Stau, Kurielldelegierte Möhrig und Herbst. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Kollege Gries schilderte nochmals den Gang der Lohnverhandlungen, die zu keinem Konsensherren Ergebnis geführt hätten. Darauf sagten die Kölner Kollegen im Hochbau gezwungen, in den Krieg zu treten. Nachdem die Kollegen nochmals zur Arbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung aufgefordert wurden und noch einige geschäftliche Fragen erledigt wurden, schloß der erste Vorsitzende, Kollege Weimer, die Versammlung.

Möglich. Am 18. Januar tagte in unserem Ver-
einshaus unsere Generalversammlung. Auf der Tages-
ordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vor-
stand. Das College Kendricke gab den Kassenbericht, dessen
Vollständigkeit durch die Beisitzer bestätigt wurde. Dem
Bericht wie dem Gesamtbudget wurde Zustimmung er-
theilt. Zu den Vorständen wurden gewählt als erster Vor-
stand Franz Strobl, als zweiter Johann Niemann,
als erster Schriftführer August Kendricke, als zweiter Gustav
Borchner, als Kassierer Johann Niemann und Paul
Krause als erster Schriftführer Michael Hause, als zweiter
Schriftführer Kendricke. Im Kassenrat wurden gewählt die
Mitglieder Paul Gerichen und Paul Berndt. Als Vertreter
Johann Scheel und Paul Hause. Der Bericht vom Er-
folgsgeschäft war zufriedenstellend. Die Festsrede unseres Kol-
legien Gottschall hat ihren Zweck nach jeder Richtung hin
erreicht. Sie die notleidenden Geißler Deutschösterreichs
waren zu 41.80 % gekommen. Mit der Aussicht, die
eine Heilungswirkung aufzuhalten und einzig für die Aus-
weitung des Reiches einzutreten, sozusagen die Sch-
miede des Friedens.

Schleswig (Schleswigsche Zeitung). Aus 24 Seiten
bestehend. Preis 10 Pfennig. Eine Sonntagsausgabe umfasst
die 24 Seiten. Einzelne Seiten enthalten Schule,
Reichstag, Politik, Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften, Kunst, Sport, Reiseberichte, Werbung, etc.
Ausgabe vom 1. Februar 1950. Preis 10 Pfennig.

Vorsitzender Martin Haffel, als zweiter Vorsitzender Peter Henzeler; als Kassierer Jakob Beyer; als Schriftführer S. Anhebet; als Hausschlüssler Johann Stach und Johann Behr; als Revisor von Joh. Hammacher, Christian Rech; als Kastellanegelehrte W. Haffel, Jakob Behr, G. Adams und A. May; als Verwaltungsstellenbelegierte wurden gewählt W. Haffel und Jakob Behr. Kolleg Seelbach teilte alsbann mit, daß die Unternehmer eine neue Abzahlungsumme bewilligt haben. Die Maurer erhalten ab 23. Januar 8,75 M. pro Stunde und die Hilfsarbeiter 8,88 M. Im Laufe des Jahres wurden sechs Veranstaltungen abgehalten, welche sich um die Dohn- und Teuerungszulagen drehten. Mit der Maßforderung zu ehriger Verbandsarbeit wurde die Versammlung geschlossen.

Bonn. (Terrorismus des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes; Biegelsverein Schreiber.) Am Montag, den 28. Januar 1920, haben es 16 Arbeiter am Bahnbau Dernau-Dieblar versucht, in den christlichen Bauarbeiterverband einzutreten. Dass dies den Genossen auf die Nerven schlug, das konnten wir uns schon denken; daß sie aber in dem Streit getreten sind, ist uns unverständlich. Schon darum, weil die roten Bauarbeiter bzw. ihr Führer behaupten, sie seien die Ausgeklärten. Am 28. Januar hielt der Volksbegnute des roten Bauarbeiterverbands, Hense, in der Mittagspause eine Versammlung mit den Arbeitern ab. In der er sagte: Stossegen, dies müssen wir uns nicht bieten lassen, daß die Leute in den christlichen Verband gegangen sind. Er hat abstimmen lassen, und ein Teil Nachstüfer des roten Bauarbeiterverbands hat durch Händehochheben und Stimmabsonderen beschlossen, den 18. Februar zu erklären, entweder bis Freitag, den 30. Januar wieder zum roten Bauarbeiterverband zurückzukommen, oder sie würden bei der Firma Jig beantragen, daß die Leute entlassen würden, sonst legen sie die Arbeit nieder. Hense rief noch: „Wir werden euch Brüder im Christo schon helfen.“ — Freitagmorgen wurde dann die Arbeit niedergelegt und haben die Leute ergebnislos vier Tage gestreikt. Auf der einen Seite treibt man die Leute sinnlos in den Streik, auf der anderen Seite schreit man, daß man mit den Wohnen nicht auskommt. Und so treiben die roten Volksbegnuden ihr leichtfertiges Spiel, bloß aus Christenhass. Die Leute haben vier Tage gestreikt, bekommen keinen Lohn und auch kein Streitgeld. Wer hat den Schaden? Die Leute selbst, weil sie nicht genug Vorausgrat gezeigt haben, um solchen Elementen entgegenzutreten. Frauen und unchastige Kinder sind betrogen, und das jetzt in so ernster Zeit. Christliche Arbeiter! Ihr könnet sehen, wie leichtfertig mit euch gespielt wird, wie ihr für dumme Menschen gehalten werdet! Laßt es euch in Zukunft nicht mehr gefallen und tretet geschlossen in den christlichen Bauarbeiterverband.

Telgte, 29. Januar 1920. Unsere Generalversammlung war gut besucht. Zu derselben war Beigeleiter Müller aus Münster erschienen. Die Tagesordnung enthielt: 1. Vorstandswahl, 2. Vortrag des Kollegen Müller, 3. Verschiedenes. Kollege Müller leitete die Wahl mit einer kurzen Ansprache ein, in der er auf die Pflichten des Vorstandes hinwies. Aus der Wahl gingen hervor als erster Vorsitzender Kollege Jos. Siegemeler, zweiter Vorsitzender And. Jansen. Die beiden stellvertreter wurden wiedergewählt. Als erster Schriftführer wurde der Kollege Aug. Köller, als zweiter Heinr. Baples gewählt. Zu Stellvoren Wilh. König und Herm. Neuer. Kollege Müller begründete abschließend die Notwendigkeit der höheren Beiträge ab 1. Januar. Es sollte darüber eine lebhafte Diskussion eintreten mit nun frischer Kraft im neuen Geschäftsjahr an die Arbeit, damit wir am Jahresende mit gleicher Beurteilung auf die geleistete Arbeit blicken können.

Danzig. (Bimmerter.) Unsere Generalversammlung fand am 20. Januar im St. Josephshause statt. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Kollegen mit dem Wunsche, sie möchten die Versammlungen im neuen Jahr besser besuchen. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Es fanden im vergangenen Jahr sechs Mitgliederversammlungen, fünf gemeinsame und eine Generalversammlung statt. Die Einnahmen der Ortsgruppe betrugen 2008,06 M. für Krankengeld wurden verausgabt 243,30 M., für Arbeitslosenunterstützung 60,70 M., für lokale Ausgaben 312,58 M. Zu die Bevölkerungsstelle wurden abgeliefert 1388,47- M. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 42. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden neu gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Röschke, als 2. Vorsitzender Stoll, Bojanowski, als Schriftführer Kollege Sünz, als Kassierer Kollege Stein. Als Konselläder sind folgende Kollegen gewählt: Dr. Nowak für Danzig, Bonke für Schöllk, Stein für Ohra, Bonke für Bahnwasser, Hagedorn für Gangelt. Für die Sozialkommission wurden die Kollegen Bojanowski, Stein und Denkowitsch bestimmt. Zum Kunkt 8 steht Kollege Horwitz eines Körperschaft geistlich-politische Fragen. Berichte wurde mit allgemeinem Besoll aufgezogen. Mit dem Standes zu dieser Wertheit wurde die Versammlung geschlossen.

Coronavirus. Von 10. November wurden wir wiederum zur Belohnung mit kein treffender Giftpfeil, Wasser- und Spritzenstrahlung, sondern es wurde nicht die unverdient befreite Sankt Barbara bestimmt die keine Verzerrungen mehr zu befürchten hat sondern der Schmerzleidender boten uns eine Befreiung. Dieses ist eine Erleichterung, aber ebenso schrecklich wie das die Befreiung zu beobachten. Wenn entsprechenden Gedanken würden es sich besser verhindern. Das werden helfen, dass sie wieder mit der Welt freudig. Sie einer sozialen Aktivität bedürfen, um wieder zu sich selbst zu finden.

aus Billingen vom Metallarbeiterverband über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern in der Industrie referierte. Daran anschließend hießt Heurich einen Vortrag über unsere wirtschaftlichen Aussichten und über das Radesystem. Die Ausführung wurde mit großem Interesse entgegengenommen und lösten begeisterten Beifall aus. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß es uns bald wieder vergönnt sein möge, mit einer ähnlichen Kundgebung an die Öffentlichkeit treten zu können.

Bekanntmachung

Christl. Gewerbeschule im Münzenberg, S. 93.

Unter diesem Namen hat sich im Jahre 1914 aus den Reihen der Münchener christl. Gewerkschaften und Angestelltenverbände ein Verein gebildet, der sich die Errichtung eines Gewerkschaftshauses zur Aufgabe stellt. Durch den Kriegsausbruch und die Folgen desselben war es indes bis jetzt nicht möglich, den Bau zur Ausführung zu bringen. Der Verein hatte vor Ausbruch des Krieges in München einen Bauplatz in zentraler Lage erworben und will nun ein großflächiges Projekt, das allen Anforderungen bezüglich Unterbringung von Gewerkschaftsbüros und geeigneten Versammlungsräumen Rechnung trägt, zur Durchführung bringen. Zur Beschaffung letzterer Mittel veranstaltet obiger Verein eine große Goldlotterie, an der sich alle Stollegen unserer Bewegung in Bayern beteiligen sollen. Der Lospreis beträgt nur 1 M. und sind die Gewinnmöglichkeiten ausserst günstig. Ein Gewinnen gelangen Haupttreffer zu je 10 000 M., 8000 M., 1000 M. sowie mehrere tausend kleinere Gewinne zum Gesamtbetrag von 30 000 M. zur Auslösung. Die Gewinnziehung findet am 15. April 1916 statt. Röfleben! Es handelt sich um ein gemeinnütziges Unternehmen unserer Gewerkschaftsbewegung in Bayern, wir bitten deshalb die Mitglieder unseres Verbandes durch zahlreiche Abnahme bei in den Versammlungen oder durch Vertrauensleute angebotenen Lose für das christl. Gewerkschaftshaus München zur Freigabe des Preises das Ihre beigutragen.

Sterbetafel.

Am 18. Januar 1920 starb nach langen Leidern
unser treuer Mitgileb, der Kollege Gatterschneider
Sebann Kleinst im Alter von 25 Jahren.

Am 26. Januar 1920 starb unser Kollege - der
Vater der Albert Hellmold an den Folgen einer
Blinddarm- und Dauchfistelbildung.

Babstelle Wesselsbden.
Am 8. Februar 1920 starb unser Kollege Josef Schmitz an Lungentbcldung im Alter von 23 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen und gewissenhaften Hausschaffler.

Geschäftsstelle Bechler.

Über das Kundenkonto

Schöffe Mauerer und Baubüffelsorbeiter

sofort gegen tarifmäßige Wiedlöhnung für längere Zeit
genutzt.

Peter Uerz, Baugeschäft, Weisweiler, Bezirk Düren.

The logo is a circular emblem. Inside the circle is a stylized eagle with its wings spread wide, facing left. The eagle is perched on a circular base that contains a cross and a torch. The entire emblem is surrounded by a wreath of oak branches.